



Wartburg-Kurier

Ostern 2015

Zum Geleit

Liebe Leserinnen und Leser,

nur noch etwa die Hälfte aller evangelischen Christen in Deutschland glaubt an die Auferstehung Jesu Christi. Das jedenfalls ergaben verschiedene Umfragen in den letzten Jahren. Das Ergebnis erscheint im Lichte der eher geringen Bindung von Kirchenmitgliedern zu ihrer Kirche sogar noch recht positiv. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands hat das Osterfest nur noch für jeden Dritten eine inhaltliche Relevanz. Für die allermeisten ist es ein farbenfrohes, buntes Frühlingsfest.

Zum Jahreswechsel meldeten die statistischen Ämter eine neue Welle von Kirchenaustritten. Grund sei, so wird vielfach berichtet, die Erhebung von Kirchensteuer auf Kapitalerträge. Sie gilt bereits seit einigen Jahren. Zum 1. Januar 2015 wurden die technischen Voraussetzungen für ihre regelmäßige Einbehaltung durch die Geldinstitute

geschaffen. Gerade ältere Menschen, die mit den Erträgen der während des Arbeitslebens angesparten Guthaben ihre Renten aufbessern, reagierten verstört. In den letzten Jahren waren diese Erträge ohnehin geschrumpft. Da lag die Frage nahe, ob der Pfarrer am Sarg in einer noch ungewissen Zukunft solche dauerhaften Aufwendungen wert sei.

den in der deutschen Bevölkerung. Das ist untypisch für unsere Zeit. Trotz massiver Verfolgung in vielen Ländern der Welt wächst der Anteil der Christen an der Weltbevölkerung beständig. Hier nimmt er ab. Dagegen wächst die Zahl muslimischer Mitbürger. Sie sind mit ihrem Brauchtum und ihren Festen im öffentlichen Leben nicht mehr nur in Großstädten sichtbar.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Christliche Überzeugungen schwin-



Auferstehung – Fresko aus der Chora-Kirche, Istanbul (Foto: Johann Wilhelm Klaushofer)

Inhalt dieser Ausgabe:

Osterwort	2	Staatsleistungen – Vergangenheit,	
Vortrag: Mehr Demokratie – wozu und wie?	5	Gegenwart und Zukunft	11
Landesmitgliederversammlung wählt		Zur Versuchsanordnung im Politik-Labor Thüringen	14
neuen EAK-Landesvorstand	8	Interview: Pilgern	16
Wir über uns	8,10	Die Rückkehr des Abendlandes	18
Solidarität und Soli	10	Impressum und Kontakt	19

Vor diesem Hintergrund verstehe ich Bundeskanzlerin Angela Merkel, die anlässlich des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu im Januar im Berliner Kanzleramt sagte: „Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hat gesagt: Der Islam gehört zu Deutschland. Und das ist so. Dieser Meinung bin ich auch.“ Sie hat recht. Deshalb müssen wir mehr voneinander erfahren, um miteinander gut leben zu können. Es gibt gegenüber dem Islam noch viel Unkenntnis.

Dialog und Respekt im Umgang miteinander sind wichtig. Genauso wichtig ist es für uns Christen, unseren Glauben öffentlich zu leben, uns zu unserem Herrn Jesus Christus zu bekennen. Damit machen wir deutlich, was jeder Moslem weiß: Christentum und Islam sind verschieden. Aber mit Verständnis, Respekt und Nächstenliebe können wir unser Leben neben- und mit-

einander gestalten. Im Angesicht der islamistischen Gewalt im Nahen Osten und in Afrika ist es gut, dass die islamischen Organisationen in Deutschland selbst eine klare religiöse Trennlinie ziehen aber zugleich Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ablehnen.



Prof. Dr. Jens Goebel

Ich wünsche mir für dieses und alle künftigen Osterfeste, dass Christen nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt die Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus friedlich und fröhlich feiern können.

Mit Ostern geht die EKD-Fastenaktion „Du bist schön! – Sieben Wochen ohne Runtermachen“ zu Ende. Für mich verband sich damit die Aufforderung, selbstbewusst zu sich selbst und zu seinen eigenen Überzeugungen zu stehen und alle Mitmenschen in Liebe so anzunehmen, wie sie sind – nicht nur in ihrer Körperlichkeit. Das ist eine echte Herausforderung, der wir uns auch weiter stellen sollten.

Sie lesen in diesem Heft Beiträge zu verschiedenen Themen, die den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Thüringen in den letzten Monaten beschäftigt haben.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und ein fröhliches Osterfest

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

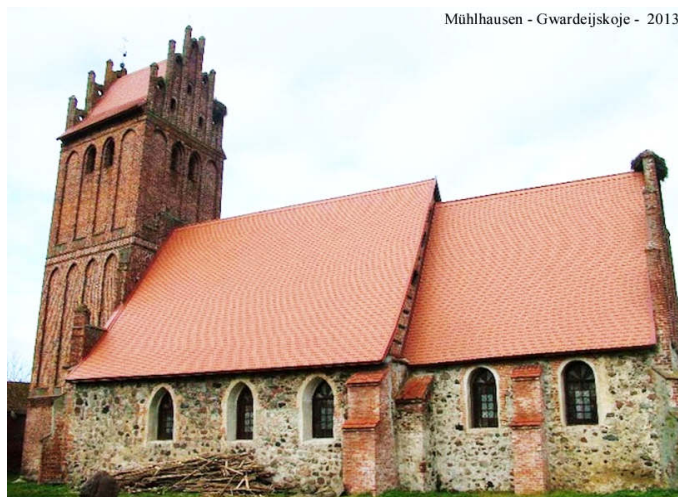
Osterwort zum Nachdenken und zur Hoffnung 2015

von Christian Tschesch, Landespolizeipfarrer i. R. und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Christus spricht: Ich war tot, und siehe, ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel des Todes und der Hölle.
(Offenbarung 1, 18)

Ostern bedeutet Hoffnung und Zukunft. Die wieder ‚funktionierende‘ Kirche in Mühlhausen im alten Ostpreußen zeigt, wie sich Hoffnung in reale Zukunft mit Gottes Hilfe wandelt. In dieser Osterzeit Anno Domini 2015 geben uns in den Herrnhuter Losungen wie immer viele Bibelworte Rat zur Tat. Einige Beispiele werden sie noch lesen.

Liebe Freunde – oder gleich, wie es sich zu einer Andacht gehört: Liebe Gemeinde!



Ich denke, dass solch eine Anrede im Kreise von uns Lesern angemessen ist – selbst wenn wir uns nicht alle persönlich kennen und vielleicht auch nicht nahe stehen. „Liebe Gemeinde“ impliziert nämlich, dass ab sofort nicht mehr unser Ego im Mittelpunkt steht – hoffentlich auch nicht bei mir, sondern dass ab sofort das Wort ‚Gemeinschaft‘

zumindest beim Lesen dieser Zeilen die Oberhand behält – vielleicht und hoffentlich auch noch etwas länger – und das soll das Vorwort gewesen sein.

Nunmehr käme das sogenannte theologisch

‚Eigentliche‘ dran. Bloß, was ist das? Als Pfarrer wusste ich es früher ziemlich genau, heute wird es schwieriger, wenn ich politisch korrekt bleiben will. Im Evangelischen Arbeitskreis sind wir ja vielleicht eigentlich Beides: Christliche Gemeinde und politische Partei.

Aber weder bei meiner Kirche, noch in unserer CDU weiß ich inzwischen so ganz genau, was in der Sprache und Wortwahl noch geht, ohne dass Staatsanwälte, Pfarrbrüder und -schwestern oder Parteidisziplinaufpasser über mich herfallen – und dies wäre dann das zweite Vorwort. Und nicht zuletzt: Alles, was ich jetzt noch schreiben werde, ist nicht der verordnete Heilsweg ohne Fehl und Tadel, sondern es soll ein Denkanstoß zur Christusnähe werden. Die Arbeit des Überlegens und Verarbeitens dagegen, des Bibellesens und des Gebetes um den eigenen Glauben wird bei Euch selbst hängen bleiben. Leider hat nur Gott die Kraft und Möglichkeit, dies in Euch zu vollenden – ich jedenfalls nicht.



Ja, das ‚Eigentliche‘ in der christlichen Verkündigung? Ein Pfarrer sollte es an sich ‚Draufhaben‘ und nicht so lange drum herumreden. Ich bin nun bald 70 Jahre alt und damit schon ein wenig altertümlich. Das bedeutet: Ich nehme jetzt einfach meine Bibel und schaue, was Gottes Wort zeitlos zu uns heutigen Menschen spricht. Und wenn einem so gar nichts Passendes einfällt, nimmt man einfach vorgegebene Texte – so hab ich es jedenfalls früher einmal gelernt. Und siehe da: Es gibt für die Woche (Sonntag Reminiscere), in der ich mir diese Gedanken mache, einen Wochenspruch und es gibt für den Tag (2. März) unserer EAK-Jahresversammlung einen Lehrtext: **Gott erweist seine Liebe zu uns darin, dass Christus für uns gestorben ist, als wir noch Sünder waren.**

(Römer 5,8) und: **Sorgt euch um nichts, sondern in allen Dingen lasst eure Bitten in Gebet und Flehen mit Danksagung vor Gott kundwerden! (Philipper 4,6)**

Die Sache mit dem ‚Eigentlichen‘ ist also einfach: Christuszentriert soll geredet werden und dies ist immer auch verbunden mit Zukunftshoffnung. Das tat Paulus und bezeugte: Christus liebt uns und gab sich für uns total hin, obwohl wir noch längst nicht im Stand der endgültigen Heiligkeit sind, sondern ganz einfach nur Sünder waren und es in der Regel noch sind.

Liebe Leser! Bitte denkt jetzt nicht an die große Politik, an gesellschaftliche Veränderung, an die Umwelt, an den Rassismus, an die Einwanderungsproblematiken, an die Frauenquoten und an all das andere, was unsere Kirchen und unsere Politiker so täglich Weltbewegendes von sich geben. Hier hören wir: Jesus spricht uns persönlich an, zeigt in unser persönliches Leben hinein einen Weg, der uns – mich und Sie – herausführt aus innerem Schmerz, aus selbstaufgebenden Pessimismus, aus einem Leben ohne Hoffnung. Er wendet sich eben gerade denen zu, die noch im Morast stecken – und er gab sich selbst, um uns zu erlösen und damit befreiten Menschen zu machen.

Innerer Morast kann vielfältig aussehen und deshalb kann nur jeder Mensch für sich selbst an dieser Stelle zum eigenen Aufräumkommando werden. Denn vor allem Wirken nach außen muss ein Befassen mit dem persönlichen Innenleben beginnen. Und dies muss um des Erfolges willen geleitet sein von unserem Herrgott in Jesus Christus. Keine anderen Götter und erst recht keine anderen Ideologien können uns in dieser ureigenen persönlichen Angelegenheit helfen. Das sage ich als Christ. Ich spreche

dabei anders gegründeten Menschen ihr gutes Wollen nicht ab, weise aber darauf hin, dass regelmäßig alle anderweitig gestützten Bemühungen immer das persönliche Ego des Betroffenen in einer Art erhoben hat, welches für die umliegenden Menschen nur ein Aufblicken oder manchmal gar eine verordnete Anbetung übrig ließ. Kurz – die Zustände sind in solchen Gesellschaften nie besser geworden und damit sind wir wieder schon sehr im heutigen politischen Alltag angekommen.

Leider weiß ich als Christ im Gegensatz zu den Ideologen allerdings auch, dass es uns in dieser Welt nie gelingen wird, ein Paradies auf unserer schönen Erde selbst zu errichten, solche Versuche endeten und enden heute noch immer schrecklich. Deshalb ist der Lehrtext dieser vorösterlichen Zeit so



wichtig, damit unser Mut erhalten bleibt, damit wir die Kraft bewahren, das Evangelium – also die Frohe Botschaft – nicht nur in unseren Herzen zu tragen, sondern diese Frohe Botschaft auch missionierend weiter zu sagen. Immerhin ist das die einzige Chance für ein paar wenige bessere Verhältnisse in unserer Gesellschaft. **Sorgt euch um nichts, sondern in allen Dingen lasst eure Bitten in Gebet und Flehen mit Danksagung vor Gott kundwerden!**



Das klingt vielleicht wie Jenseitsvertröstung und wie ein ‚Hände in den Schoß legen‘ in unserem Diesseits. So ein Gedanke wäre aber weit gefehlt. Dabei erinnere ich auch noch einmal an den Sonntag Reminiscere – Gedenke. Dieses ‚Gedenke‘ war ein Solidaritätstag für die verfolgten Christen in aller Welt. Fast 100 Millionen Glaubensgeschwister werden mehr oder weniger verfolgt, missachtet, abartig getötet und fliehen oft in alle Welt. Ich habe viele der betroffenen Länder schon besucht und habe dort manch treuen Christen getroffen. Es war und ist bewegend, wie diese Christen immer noch Gott danken, ihn loben und ihm im Gebet ihr Innerstes anvertrauen. Und es ist für uns beispielgebend, wie diese Christen nach den Gebeten mit neuem Mut und mit neuer Kraft

und Hoffnung ihr schweres Leben weiter leben und sich eben nicht am nächsten Baum aufhängen oder sich eine Todesspritze geben lassen. Wir Christen in Europa haben uns von solchen Lebensrealitäten und -qualitäten schon sehr weit entfernt. Vielleicht wissen wir deshalb in unseren Kirchen und in unseren eigenen Herzen nicht mehr, wozu wir Christus und das Gebet zu unserem Gott überhaupt noch benötigen.

Aber auch für uns gilt hoffnungsvoll: **Gott erweist seine Liebe zu uns darin, dass Christus für uns gestorben ist, als wir noch Sünder waren.** So bleibt auch dieses Osterfest ein Fest der Freude und des Dankes. Aber eben auch ein Fest des Neubeginns im persönlichen und politischen Leben – ohne Furcht und Scheuklappen. Und wenn dann gar nichts mehr geht, gilt auf der Kante erlebter Lebensabgründe auch für uns: **Sorgt euch um nichts, sondern in allen Dingen lasst eure Bitten in Gebet und Flehen mit Danksagung vor Gott kundwerden!**

Und wer es für die tagtäglichen Lebensauseinandersetzungen noch kräftiger hören möchte, der nehme den Spruch des Monats März: **Ist Gott für uns, wer kann wider uns sein?**

Was bleibt also am Ende zu tun? Zunächst das Gebet: In der Erkenntnis der eigenen Unvollkommenheit und heute besonders auch im Gedenken der unendlich vielen verfolgten Glaubensgeschwister in aller Welt bitten wir dich, Herr unser Gott, um Hilfe, Hoffnung und Bewahrung. In unserer eigenen Unvollkommenheit und Sprachlosigkeit nehmen wir in unsere Herzen die Worte eines alten Beters hinein: Ich sage dir, was mich bewegt, ich klag' dir, was mich niederschlägt, ich lobe dich, der mich erfreut, ich beichte dir das, was mich reut, ich frag' dich, wo ich ratlos bin, ich nenn' Verlust dir und Gewinn. Herr, habe Dank, dass du mich hörst; wo wäre ich, wenn du nicht wärst?

Und dann nach Martin Luther: Frisch ans nachösterliche Werk! Ja, Christus ist auferstanden, er ist wahrhaftig auferstanden! Und wäre er es nicht, ist unser christlicher Glaube Unsinn (frei nach Paulus). Deshalb gelten in den Wirrnissen unseres Lebens für uns die alten reformatorischen Lehrgrundsätze:

Sola Fide (allein der Glaube)
Sola Scriptura (allein die Schrift)
Solus Christus (allein Christus)
Sola Gratia (allein die Gnade)
Soli Deo Gloria (Gott allein gehört die Ehre)



Und so segne und behüte Sie alle und auch mich selbst der Dreieinige Gott. Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen

Mehr Demokratie – wozu und wie?

von Prof. Dr. phil. habil. Jürgen Plöhn, ECB-Hochschule Hamburg und Bezirksvorsitzender des EAK Niederrhein

In Deutschland sorgt die Frage der demokratischen Legitimation staatlicher Entscheidungen immer wieder für Diskussionen. Durch die reale Qualität der Demokratie in Deutschland erscheinen diese Diskussionen sachlich nicht gerechtfertigt. Denn ebenso wie in den USA sind in Deutschland mittlerweile in allen Ländern direktdemokratische Instrumente vorhanden, wohingegen auf Bundesebene abgesehen von der Länderneugliederung allein repräsentativdemokratische Verfahren zum Einsatz kommen.

Repräsentative Demokratie stellt gegenüber der direkten Demokratie kein „Weniger“, sondern etwas „Anderes“ dar. Die Annahme, nur direkte Demokratie sei „wahre“ Demokratie, geht hingegen auf *Jean-Jacques Rousseau* zurück, der Demokratie als kollektive Selbstbestimmung und damit als Identität von Regierenden und Regierten verstanden hat.

Wendung gegen die Souveränität des Monarchen: Gewaltenteilung

- Montesquieu (1689-1755):
- Adliger Gelehrter, zeitweise Richter, dann Europareise mit längerem Aufenthalt (1729-32) in England
- „De l'esprit des lois“



Dieses Verständnis beruht jedoch auf einem gravierenden Denkfehler. Wie *Peter Graf Kielmansegg* bereits 1988 ausgeführt hat, kann Demokratie eben nicht mit Selbstbestimmung gleichgesetzt werden, denn es geht um Herrschaft:

„Wer an Entscheidungen mitwirkt, die für andere verbindlich sind, verfügt über andere, wie immer die Entscheidungsregel im Einzelnen ausgestaltet sein mag. Und: Wer kollektiven Entscheidungen unterworfen ist, ist den Verfügun-

gen Dritter unterworfen, auch wenn er selbst an diesen Entscheidungen mitwirkt“ (*Peter Graf Kielmansegg: Das Experiment der Freiheit, Stuttgart 1988, S. 63*).

Volkssouveränität bildet die Grundlage der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnungen, geht aber im Akt der Verfassungsgebung in die Ordnung ein und ist daher, solange die Verfassung gilt, in ihr „aufgehoben“. Nur deshalb kann sich jeder auf die Freiheitsgarantien der Verfassung unbedingt verlassen. Ein Souverän wäre daran nicht gebunden, die Wählerschaft ist es hingegen durchaus. Wahlen und Abstimmungen werden nämlich nicht von „dem Volk“, sondern von der gesetzlich wohldefinierten Wählerschaft bzw. Stimmbürgerschaft wahrgenommen.

Die Orientierung am Leitbild der identitären Demokratie, ausgeübt von einem innerhalb der Staatsordnung souveränen Volk, wie es von *Rousseau* mit Verve verkündet worden ist, führt folglich in die Irre.

Repräsentative Demokratie beruht hingegen auf dem Wechselspiel zwischen der Gewährung von Vertrauen und der Einforderung von Verantwortung. *John Locke* hat auf die treuhänderische Wahrnehmung der Regierungsmacht nachdrücklich hingewiesen. Der moderne, seit der Aufklärung zunehmend anzutreffende Begriff der „Verantwortung“ bezeichnet eine Beziehung mit mindestens vier Aspekten:

- Es bedarf eines *Verantwortungsträgers*,
- der für „etwas“, einen *Verantwortungsbereich* zuständig ist,
- wofür er sich vor einer *Inстанz der Verantwortung* zu rechtfertigen hat,

- wobei er mit *normativen Verhaltensanforderungen* konfrontiert wird.

Diese Konzeption von Verantwortung, die christlichen Glaubensvorstellungen eines *coram mundo* Handelns und *coram deo* Stehens des Menschen entspricht, ist für die repräsentative Demokratie prägend geworden. Denn Regierungsmglieder haben sich für ihr Tun und Lassen zunächst vor dem Regierungschef, dann vor dem Parlament zu verantworten. Die Parteien der Regierungsmehrheit haben sich, sofern sie ein angegriffenes Verhalten billigen, dafür in der Öffentlichkeit und am Ende der Wahlperiode vor der Wählerschaft zu rechtfertigen.



Mehr Demokratie – wozu und wie?

Prof. Dr. Jürgen Plöhn

ECB-Hochschule Hamburg –
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg –
EAK NRW

Während die Wahlhandlung mit ihrer Frage nach der Vertrauenswürdigkeit von Kandidaten einen viel einfacheren Sachverhalt darstellt als die konkreten Sachabstimmungen, die ein Fachwissen voraussetzen, das nicht vom *common sense* gedeckt ist, stellt die repräsentative Demokratie insgesamt ein wesentlich komplexeres System dar als eine direkte Demokratie. Konkret kennt direkte Demokratie keine Instanz der Verantwortung und ist in diesem Sinne „verantwortungslos“.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Union sind die Regierungen ausnahmslos vom Vertrauen der Mehrheit der Parlamentsabgeordneten abhängig. Sie werden als

„parlamentarische“ Demokratien bezeichnet. Länder, in denen – wie in den USA, Lateinamerika oder der Schweiz – die Abberufung der Regierung aus politischen Gründen nicht möglich ist, gehören zu den „präsidentiellen“ Systemen, bzw. zu den Systemen mit fester Exekutive. In parlamentarischen Demokratien sind die Regierungen in der Lage, als Träger der politischen Initiative für die Parlamentsmehrheit in sich konsistente Programme für eine Wahlperiode vorzulegen. In präsidentiellen Demokratien ist die Durchführung eines solchen austarieren Regierungsprogramms, das von der Parlamentsmehrheit getragen wird, nicht möglich. Daher sind die Störeffekte singulärer direktdemokratischer Entscheidungen in parlamentarischen Demokratien weitaus größer als in präsidentiellen.

Von den behaupteten Vorzügen direkter Demokratie bleibt bei näherer Betrachtung nicht viel übrig:

Direkte Demokratie taugt nicht als Gegengewicht zur „Parteiendemokratie“

Denn typischerweise initiieren Parteien und Großorganisationen fakultative Referenden und Initiativen. Darüber hinaus werden potente Geldgeber benötigt, die die Abstimmungskampagnen finanzieren. Die Vorstellung, durch Abstimmungen einem parteipolitisch ungefilterten Volkswillen zum Durchbruch verhelfen zu können, ist danach völlig naiv.

Volksabstimmungen können ein Thema nicht dauerhaft „vom Tisch“ bekommen.

Am Beispiel der schweizerischen Armee läßt sich zeigen, daß ideologisierte Gruppierungen keineswegs willens sind, einen gegen sie ausge-

gangenen Entscheid als das letzte Wort in dieser Sache zu akzeptieren.

Selbst ein erfolgreicher Volksscheid bietet keine Gewähr für eine unbedingte Umsetzung der getroffenen Entscheidung.

In der Schweiz ließ sich ein erfolgreiches Referendum gegen die im Zeitgesetz festgelegte Einführung der Sommerzeit nicht realisieren, in Schleswig-Holstein wurde ein Votum gegen die Rechtschreibreform vom schleswig-holsteinischen Landtag aufgehoben, da eine regionale Rechtschreibung nicht praktikabel sei.

Volksabstimmungen erhöhen nicht die Innovationsleistung des Systems:

Obligatorische Referenden dienen ohnehin nur der Bestätigung einer getroffenen Entscheidung und verzögern deren Inkrafttreten. Fakultative Referenden sollen aus oppositioneller Sicht eine unerwünschte Entwicklung aufhalten. Initiativanträge haben zwar ein Veränderungspotential, können jedoch ebenfalls zu Verhinderungs- oder Verlangsamungszwecken eingesetzt werden, siehe etwa zum Ausländerzuzug oder zu Minaretten in der Schweiz. Hans Peter Hertig bescheinigte daher bereits vor 30 Jahren den direktdemokratischen Elementen in der Schweiz negative Effekte: „Als direkte Folge resultiert eine generelle Innovationsschwäche des politischen Systems“. So ist in der Schweiz das Wahl- und Stimmrecht für Frauen auf Bundesebene 1971, in einzelnen Kantonen noch später eingeführt worden.

Es ist keine Erhöhung der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen festzustellen.

Vielmehr zeigen sich in vergleichender Analyse negative Auswirkungen Möglichkeit zur Teilnahme an Einzelabstimmungen auf die Wahlbeteiligung. Wolf Linder hat auf den jeweils entscheidenden Anteil der Bevölkerung bei schweizerischen Volksabstimmungen hingewiesen. Dieser lag vor 1971 zwischen 5% und 15% der Bevölkerung, seit Einführung des Frauenstimmrechts zwischen 10% und 20%. Von Entscheidungen „des Volkes“ wird man insoweit seriöserweise nicht sprechen können. Vielmehr entstehen erhebliche neue Legitimitätsprobleme. Speziell für Deutschland kommen auf Bundesebene noch zwei Aspekte hinzu: Verbundföderalismus und rechtliche Bindungen.

Aufgrund des Bundesrats hat über lange Perioden der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte eine faktische große Gesetzgebungscoalition existiert. Daraus resultiert ein konsensualer Zug in der deutschen Gesetzgebung, der nach Artikel 79 Abs. 3 GG auf einem nicht abänderbaren Mitwirkungsrecht der Länder an der Gesetzgebung des Bundes beruht. Volksabstimmungen spitzen eine Frage hingegen relativ frühzeitig auf eine Ja-Nein-Alternative zu und polarisieren damit nicht nur Parteien, sondern auch die Öffentlichkeit.

Schließlich sind Gesetzesbeschlüsse in Deutschland in die Gesamtrechtsordnung eingebunden – vom Grundgesetz über die Rechtsordnung der EU bis zum Völkerrecht. In allen Bundesländern existieren direktdemokratische Instrumente. Als Potential haben diese durchaus ihre Berechtigung. Ihr Einsatz aber ist mit den genannten massiven Problemen behaftet. Die Einführung eines obligatorischen Referendums für Verfassungsänderungen wäre in den Ländern, die bislang ohne dieses Instrument auskommen, in der Sache relativ wenig

problematisch, eröffnete allerdings neue Diskussionen. Auf Bundesebene ergäben sich indes Probleme für die Anpassungsgeschwindigkeit des Grundgesetzes.

Für die Akzeptanz des Staates und seiner Institutionen ist die Beachtung der Funktionsbedingungen der repräsentativen Demokratie von ausschlaggebender Bedeutung. Das heißt:

Allen Vorschlägen zu einer Verlängerung der Bundestagswahlperiode in Kombination mit der Einführung direktdemokratischer Instrumente auf Bundesebene sollte widerstanden werden.

Eher wäre in den Ländern an eine Verkürzung der Wahlperioden auf den früher üblichen Standard von vier Jahren zu denken, um die Rückbindung der Gewählten an die Wählerschaft zu erhöhen.

Dem gleichen Zweck könnte eine Veränderung des „konstruktiven Misstrauensvotums“ im Sinne der englischen Praxis dienen.

Dem Mehrheitsverlust des Regierungschefs – wie bei der Vertrauensfrage – nicht unmittelbar den Amtswechsel, sondern die Parlamentsauflösung mit Neuwahlen folgen zu lassen.

Das Antwort-Geben und die Einstandsbereitschaft der Regierungs- und Parlamentsmitglieder müssen für die Öffentlichkeit deutlich werden.

Das geht nicht ohne eine sachlich angemessene Berichterstattung in den Medien.

Erforderlich ist eine erkennbare Treue zu eigenen Versprechungen.

Dies hat der evangelische Theologe Wilhelm Herrmann vor gut hundert Jahren so formuliert: Vertrauenswürdig sei nur, wer „sich an ein unveränderliches Ziel gebunden sieht“. Voraussetzung für Vertrauen sei daher „ein Sollen, an das sich der Mensch durch sein eigenes Denken gebunden weiß, von dem er sich aber lösen kann, wenn er unwahrhaftig und untreu wird gegen sich selbst. Wir halten deshalb nur den Menschen für vertrauenswürdig, von dem wir glauben, daß er einem unbedingten Sollen gehorcht; aber wir fassen auch den Mut des Vertrauens nur dann, wenn wir uns denselben Gehorsam vornehmen“ (Ethik, 5. Aufl. Tübingen 1913, S. 42). Diese Bedingung der Möglichkeit, das Land demokratisch zu regieren, sollte stetiger Anlass zu kritischer Selbstprüfung sein.

Demgegenüber geht der Verein „Mehr Demokratie e.V.“

(1.) von einer für westliche Demokratien ungeeigneten theoretischen Grundlage aus.

(2.) Er erkennt, dass westliche Demokratien als repräsentative Demokratien keinen Demokratiemangel aufweisen, sondern einer anderen Gestaltungsform von Demokratie folgen.

(3.) Er ignoriert die von Historikern klar herausgearbeiteten Befunde zur Weimarer Republik.

(4.) Ihm ist der Unterschied zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien nicht geläufig. Daher ignoriert er die spezifischen Leistungen, die funktionierende parlamentarische Systeme für ihre Bürger erbringen und die durch willkürliche Einzeleingriffe empfindlich gestört werden können.

(5.) Er ignoriert ebenso den Umstand, dass in der Schweiz Referendum und Initiative als unerwünschte Erscheinungen gelten, die auf mangelhaften Vorklärlungen beruhen.

(6.) Er ignoriert weiterhin die Befunde zur geringen Innovationsbereitschaft der Schweiz und den in den letzten Jahren zunehmend deutlich gewordenen Problemen hinsichtlich der wachsenden Unterworfenheit der äußeren Souveränität eines Landes unter das Völkerrecht.

(7.) Die empirischen Befunde über die geringere Partizipationsneigung der Wählerschaft in Ländern mit zahlreichen Volksabstimmungen werden von „Mehr Demokratie e.V.“ nicht beachtet. Demzufolge vermittelt der Verein ein falsches Bild von den demokratie- und legitimationstheoretischen Chancen und Risiken seiner Vorschläge.

(8.) Die Kampagne von „Mehr Demokratie e.V.“ gegen den der Öffentlichkeit unbekannten CETA-Vertrag und das noch im Verhandlungsstadium befindliche TTIP-Abkommen demaskiert den Verein als eine an eigenen inhaltlichen Zielen interessierte Organisation, die sich hierzu genau derjenigen demagogischen Praktiken bedient, die sie in ihren scheinbar selbstlosen Statements zugunsten von Volksabstimmungen immer wieder in Abrede stellt.

Eine solche Organisation, die die Grundlagen und Praktiken westlicher Demokratien nicht kennt oder nicht zur Kenntnis nehmen will, ist als Wegweiser in die Zukunft unseres Landes grundsätzlich ungeeignet.



Prof. Dr. phil. habil. Jürgen Plöhn ist Professor für Economics and Politics der ECB-Hochschule am Campus Hamburg. Er hat 12 Jahre an den Universitäten in Kaiserslautern

und Halle in Forschung und Lehre gearbeitet und ist über sieben Jahre in Politikberatung, auswärtiger Kulturpolitik und Begabtenförderung tätig gewesen. In seinen Veröffentlichungen hat sich Jürgen Plöhn u.a. schwerpunktmäßig mit Institutionen in westlichen Demokratien befasst.

Landesmitgliederversammlung wählte neuen EAK-Landesvorstand

Prof. Dr. Jens Goebel wurde als Landesvorsitzender bestätigt – „EAK ist Nahtstelle zwischen Kirche und Politik“

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen möchte den aus dem evangelischen Glauben erwachsenen Maßstäben politischen Handelns in der Politik Geltung verschaffen, Partner der evangelischen, evangelikalen und Freikirchen in Thüringen sein und den evangelischen Christen im Land eine Plattform politischer Mitwirkung bieten. Er baut Brücken zwischen Kirche und Politik. Ihm gehören alle evangelischen CDU-Mitglieder an. Evangelische Christen, die sich mit seinen Grundsätzen und Zielen identifizieren, sind zur Mitarbeit eingeladen.



Am 2. März 2015 trat die diesjährige Landesmitgliederversammlung zusammen, um nach zwei Jahren einen neuen Landesvorstand zu wählen.

Der Bernhard-Vogel-Saal des Thüringer Landtags war an diesem Abend gut gefüllt. Nach einem Grußwort der Stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Christine Lieberknecht, hörten die Mitglieder und Gäste den Bericht über die Arbeit des Landesvorstands in den

vergangenen beiden Jahren. In verschiedenen Teilen Thüringens wurden Gesprächskreise und Vortragsveranstaltungen organisiert, es gab einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit der Landesbischofin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), der EAK war auf dem Markt der Möglichkeiten beim Kirchentag der EKM im Herbst 2013 in Jena dabei. Dreimal jährlich veröffentlicht er mit dem Wartburg-Kurier eine Zeitung, die aktuelle Themen aus dem kirchlichen und politischen Leben aufgreift. Der Thüringer EAK besitzt keine regionalen Gliederungen und ist daher bei seinen Aktivitäten auf die Mitwirkung vieler Unterstützer überall im Land angewiesen.

Im neu gewählten Landesvorstand

werden viele bewährte, aber auch etliche neue Mitglieder für die Arbeit der kommenden Jahre Verantwortung übernehmen.

Prof. Dr. Jens Goebel, seit 2009 Vorsitzender des Thüringer EAK, wurde wiedergewählt, ebenso seine beiden Stellvertreter Hildigund Neubert aus Limlingerode bei Nordhausen und Volker Heerdegen aus Apolda.

Neu im Landesvorstand sind Dr. Ulrich Born aus Erfurt, Geschäftsführer der TU Ilmenau Betriebsgesellschaft und früherer Justizminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Juliane Hassan, Regierungsangestellte und Kirchenälteste in Leimbach bei Bad Salzungen und die kirchenpolitische Spre-



v. l. n. r.: Dr. Ulrich Born, Hildigund Neubert, Prof. Dr. Jens Goebel, Johannes Selle, Juliane Hassan, Hans-Steffen Herbst, Christian Klein und Volker Heerdegen

Der neue Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: *Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)*

Stellvertreter: *Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)*

Beisitzer: *Dr. Detlef Baer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Juliane Hassan (Leimbach), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)*

cherin der CDU-Landtagsfraktion Gudrun Holbe aus Artern. Auch künftig mit dabei bleiben Dr. Detlef Baer und Dr. Karl-Eckhard Hahn, beide aus Erfurt, der Landtagsabgeordnete Jörg Kellner aus Gotha, Kirchenrat Christian Klein aus Gera, der Bundestagsabgeordnete Johannes Selle aus Sondershausen und Dr. Gunnar Wolf aus Jena. Der scheidende Präses der EKM-Synode Steffen Herbst will sich wieder aktiv in die Vorstandsarbeit einbringen. Er hatte dieses Amt nach seiner Wahl zum Präses ruhen lassen.



Spannende und lebhaft Diskussions

Die nächsten zwei Jahre bilden die Schlussphase der Luther-Dekade hin zum Reformationsjubiläum 2017. Der Thüringer EAK wird diese Zeit durch verschiedene Aktivitäten

mit gestalten. Er wird sich auch künftig deutlich sicht- und hörbar zu aktuellen Fragen positionieren und die Thüringer Union in ihrer politischen Arbeit unterstützen.



Das heißt, politische Themen pointiert und vorwärtsweisend anzusprechen und dabei besonders deren ethische Dimension sichtbar zu machen. Nur wer laut und vernehmbar redet, findet Gehör. Das soll das Motto für die nächsten beiden Jahre sein.

Die Frage „Mehr Demokratie – wo zu und wie?“ stand im Mittelpunkt von Vortrag und Diskussion mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Jürgen Plöhn von der ECB-Hochschule Hamburg. Der Bezirksvorsitzende des EAK Niederrhein war Gast der Landesmitgliederversammlung.

In ihrem Wahlauftrag zur Landtagswahl am 14. September 2014 schrieb Landesbischöfin Junkermann: „Bitte geben Sie nur solchen Parteien Ihre Stimme, die ... sich für

mehr Demokratie in Europa einsetzen.“ Das bot den Anlass für das Thema des Abends. Demokratie lebt bekanntlich vom Mitmachen vieler. Wie schafft man „mehr Demokratie“? Wie können demokratische Entscheidungsstrukturen gestärkt, Menschen für politische Themen interessiert und für aktives politisches Handeln gewonnen werden? Welche Rolle spielen dabei Formen der plebiszitären Demokratie? Wer übernimmt für demokratische Entscheidungen Verantwortung? In welcher Beziehung stehen Demokratie und Selbstbestimmung? Diese und weitere Fragen beschäftigten die Teilnehmer in Vortrag und Diskussion. Eine Zusammenfassung des Vortrags finden Sie in diesem Heft (Seiten 5-7).



Im Gespräch: CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring und die ehemalige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

Der CDU-Landesvorsitzende, Mike Mohring (im Bild links), der im Verlaufe des Abends zur Versammlung hinzugestoßen war, dankte Prof. Plöhn für seine klaren Aussagen, gratulierte dem neuen Landesvorstand zur Wahl und wünschte ihm einen erfolgreichen Start in die neue Wahlperiode. Nach mehr als drei Stunden ging eine spannende und ertragreiche Veranstaltung zu Ende.



Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene

Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemein-

schaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet. ■

Solidarität und Soli

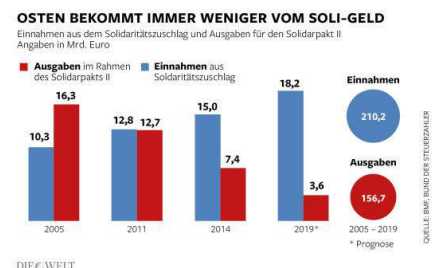
von Prof. Dr. Jens Goebel, Landesvorsitzender des EAK Thüringen

Der frühere Bundesverfassungsgerichtspräsident, Hans-Jürgen Papier, hält eine Verlängerung des Solidaritätszuschlags über 2019 für rechtlich bedenklich. Papier zufolge sei der Soli in seiner jetzigen Form dann nicht mehr haltbar. Diese Meldung löste jüngst eine intensive politische Debatte aus. Kein Wunder. Es geht um sehr viel Geld.

Der Solidaritätszuschlag (umgangssprachlich „Soli“) ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer in Deutschland. Er beträgt 5,5 Prozent des Steuerbetrags. Das Aufkommen steht allein dem Bund zu. Im vergangenen Jahr betrugen die Einnahmen 15 Mrd. Euro. Der Verzicht auf eine solche gewaltige Summe ist ganz offensichtlich kurzfristig nicht vorstellbar.

Nur noch Wenige erinnern sich daran, wie es zum Soli kam. 1991 befreite eine Koalition unter Führung der USA das zuvor vom Irak besetzte Kuwait. Dieser „zweite Golfkrieg“ war durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates legitimiert. Deutschland beteiligte sich nicht an den Kampfhandlungen, sagte aber eine Kostenbeteiligung von ca. 17 Milliarden DM zu. Der Bundestag beschloss im März 1991 den auf ein Jahr befristeten Solidaritätszuschlag zur Deckung dieser Kosten. In der Begründung wurden zudem zusätzliche Ausgaben für die Unterstützung der Länder in Mittel-Ost- und Südeuropa sowie für den Aufbau der neuen Länder benannt. In den Folgejahren wurde der Zuschlag dann mehrfach in seiner Höhe verändert und verlängert. Dabei traten die Kosten der Wiedervereinigung als Begründung in den Vordergrund. Seit 1998 wird er

in der gegenwärtigen Form erhoben. Als allgemeine Bundessteuer verstärkt er ohne Zweckbindung die Einnahmen des Bundeshaushalts. Schon seit einer Reihe von Jahren liegen die vereinigungsbedingten Sonderausgaben des Bundes deutlich unter den Soli-Einnahmen.



Zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten beim Ausbau der Infrastruktur und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft erhalten die Länder

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Jahren 2005 bis 2019 Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen des Bundes in Höhe von etwa 160 Milliarden Euro. So wurde es im Solidar-pakt II 2004 verabredet. Der Pakt endet in vier Jahren. Damit sind die letzten Gründe für die Ergänzungs-abgabe hinfällig. Wie soll es danach weiter gehen?

Steuern bilden die Haupteinnahmequelle des Staates zur Finanzierung aller staatlichen Aufgaben. Das Steuersystem ist gerecht und solidarisch, wenn alle Bewohner und alle Institutionen nach ihrer Leistungsfähigkeit zum Steueraufkommen beitragen und wenn der Staat mit den Steuergeldern nur die Aufgaben finanziert, die dem Einzelnen nicht zugemutet werden können. In den letzten Jahren sind die Steuereinnahmen kräftig ge-

stiegen, aber auch die Steigerungs-rate der Ausgaben war so hoch wie selten. Ob die jetzt in Aussicht ge-stellte Abschmelzung des Soli nach 2020 zu mehr Ausgabendisziplin führt, ist fraglich. Ob sie überhaupt Realität wird, wenn die Konjunktur an Fahrt verliert, steht in den Ster-nen.

24 Jahre Soli und der Wegfall aller Gründe, die einmal seine Einfüh-rung rechtfertigten, verlangen nach einer Lösung, die den Gedanken der Solidarität stärkt. Eine solche Lösung ist die Integration des so genannten Zuschlags in die Steuer-formen, auf deren Grundlage er erhoben wird. Damit würde aus einer Bundessteuer eine Gemein-schaftssteuer an der Bund, Länder und Kommunen partizipieren. Zugleich könnte im Zuge einer mo-deraten Steuerreform das alte Thema der „kalten Progression“ abgearbeitet werden. Immer noch

müssen Menschen mit mittlerem Einkommen erleben, dass eine Steigerung ihrer Bruttoeinkünfte zur Verringerung des verfügbaren Nettoeinkommens führt, dass sich also mehr Leistung nicht lohnt. Ein fatales Signal. Eine Korrektur wurde bisher stets mit Hinweis auf die Kosten abgelehnt. Zugleich stärkt die Integration des Soli die Finanz-kraft von Ländern und Kommunen. Das mag nicht ausreichen, um die Finanzbeziehungen der unter-schiedlichen staatlichen Ebenen nach Ende des Solidarpaktes II auf eine neue und solide Basis zu stel-len. Ein erster Schritt ist es allemal.

Ein weiterer Grund spricht für ein solches Vorgehen: das Steuersys-tem wird einfacher. Auch das ist ein Mehr an Gerechtigkeit. Und nie-mand muss mehr Steuern zahlen. Solidarität ohne Soli ist möglich.

Staatsleistungen – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Staatsfinanzierung der Kirchen?!

von Kirchenrat Christian Klein, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera

Pressestimmen:

- Debatte/Evangelische Kirchen offen für eine Ablösung der Staats-leistungen
(MDR.DE, 16.01.2014)
- Erste Politiker wollen Zahlun-gen an Kirchen überprüfen
(Focus.Online, 27.03.2013)
- Evangelische Kirche: Deutsche werden noch lange für Kirchen zahlen
(Focus.Online, 12.11.2013)

Solche und andere Pressestimmen sind in den letzten Jahren immer wieder durch die Gazetten ge-streift. Sie sind Ausdruck des stei-genden finanziellen Einsparungs-drucks der Politiker in den öffentli-chen Haushalten und der Skandale um das Finanzgebaren der Kirchen. Im Fokus stand im Jahr 2013 insbe-

sondere der Limburger Bischof Tebartz van Elst wegen gestiegener Baukosten des Diözesanen Zent-rums Sankt Nikolaus im Bistum Limburg. Dieser Vorgang erregte bundesweit Aufsehen. Auch die zunehmende Säkularisierung der Bevölkerung und damit einherge-hend die mangelnde Identifikati-onskraft mit der Kirche hat einen erheblichen Anteil am Unverständ-nis der Menschen für die Staatslei-stungen an die Kirchen.



St. Marien in Gera-Untermhaus

Die Diskussionen sind von einer erheblichen Unkenntnis über die Hintergründe der Zahlungen ge-kennzeichnet. Dieser Aufsatz soll die Hintergründe überblickartig beleuchten und so Verständnis für eine sachgerechte Debatte schaf-fen.

Begriff und Einteilung der Staatsleistungen

Nach der gängigen Definition han-delt es sich bei den Staatsleistun-gen um alle auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln be-ruhenden finanziellen Zuwendun-gen der Länder an die Kirchen, die aufgrund historischer Gegebenhei-ten entstanden sind.

Damit weist der Begriff der Staatsleistungen drei Komponenten auf. Dies ist

- **eine vermögenswerte Rechtsposition,**
- **die auf Dauer angelegt ist und**
- **sachlich einen historischen Bezug zu säkularisationsbedingten Vermögensverlusten der Religionsgemeinschaften hat.**

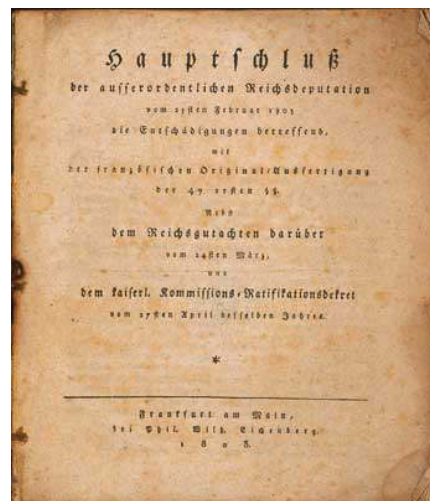
Die Staatsleistungen sind ein Unikum des deutschen Staatskirchenrechtes und so in unseren Nachbarstaaten wie Frankreich, Italien, Polen etc. nicht anzutreffen.

Staatsleistungen sind abzugrenzen von den Zuwendungen und Zahlungen des Staates insbesondere der Länder an die zwei Großkirchen (Evangelische und Katholische Kirche), die gezahlt werden, weil die Großkirchen öffentliche Aufgaben wahrnehmen, wie den Betrieb eines Jugendhauses, eines Kindergartens oder einer psychosozialen Beratungsstelle. Auch diese Zahlungen werden landläufig als Staatsleistungen bezeichnet, im Kern sind es aber keine. Die gesellschaftliche Debatte wird durch die unklare Abgrenzung und die fehlerhafte Verwendung von Begrifflichkeiten geprägt. Der Staat kann zwar entscheiden, ob er den Kirchen Subventionen für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben gibt oder nicht. Die eigentlichen Staatsleistungen stehen im Rechtsgrund der Erfüllung von Entschädigungsverpflichtungen aber nicht zur Disposition.

Entstehung der Staatsleistungen

Die Entstehung der Staatsleistungen wird nur verständlich wenn man den historischen Kontext näher beleuchtet. Immer wieder wurde durch die Jahrhunderte Kirchenbesitz säkularisiert: in der Reformation, beim Westfälischen Frieden,

den Reformen Kaiser Joseph II und mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Alle diese Ereignisse führten zur Aufhebung kirchlicher Institutionen und zur Verstaatlichung ihres Besitzes. Bezeichnend dafür ist das letzte Verfassungsgesetz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – der Reichsdeputationshauptschluss (RDH). Durch ihn wurde das Verhältnis von Staat und Kirche einschließlich des politischen Gefüges im Reichsgebiet grundlegend verändert. Der RDH übertrug als Folge des Friedens von Luneville (1801), nach Beendigung des zweiten Koalitionskrieges gegen Frankreich, die linksrheinischen Gebiete auf Frankreich und bestimmte, dass die weltlichen Fürsten, welche Gebietsverluste erlitten hatten, aus dem Reich heraus entschädigt werden. Damit führte der RDH zu einer nicht unbedeutenden Gebietsverschiebung.



Ein erheblicher Teil der Entschädigung geschah durch die Säkularisation geistlicher Territorien. Dadurch wurden die auf vormaligem Kirchengebiet geltenden Herrschaftsrechte und deren Vermögen einschließlich der Vermögen der Domkapitel und der Inhaber höherer Kirchenämter auf den erwerbenden Staat übergeben. Darüber hinaus erlaubte der RDH sämtlichen Landesherren, die landsässigen Besitzungen der im Reich anerkannten Konfessionen, mit Ausnahme des

Vermögens der örtlichen Pfarrkirchen, zu übernehmen. Damit wurden auch die Unterhaltungspflichten, die ursprünglich die geistlichen Territorien trafen, auf den Staat übertragen. Dies traf auch die Verpflichtung zum Unterhalt von Kirchen und der dazugehörigen Pfarrstellen.

Den Staaten erwuchs aus Säkularisationsermächtigung die Verpflichtung, die von den Kirchen wahrgenommenen Aufgaben aus den erzielten Gewinnen zumindest in gewissem Umfang weiter zu unterstützen. So entstanden weitere gesetzliche, vertragliche oder gewohnheitsrechtliche Anspruchsgrundlagen für Staatsleistungen an die Kirchen. Diese wirken bis heute fort.

Ablösung der Staatsleistungen

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Republik, entfalteten mehrere deutsche Länder Initiativen zur ersatzlosen Streichung der überkommenen Staatsleistungen. Dies führte zu heftigen Widerständen kirchenfreundlicher Kräfte in der Weimarer Nationalversammlung, die für den Bestand der Staatsleistungen eintraten. Das Ergebnis der politischen Auseinandersetzung war der Kompromiss so wie er im Art. 138 Abs.1 Weimarer Reichsverfassung (WRV) wiedergegeben wird. Der Kompromiss beinhaltet die Verpflichtung zur Ablösung durch Landesgesetzgebung auf der Grundlage einer einheitlichen neutralen Grundsatzgesetzgebung der gesamtstaatlichen Ebene. Damit wurde kraft Verfassungsrecht die vermögensrechtliche Trennung zwischen Staat und Kirche anerkannt, aber auf eine endgültige Entscheidung des Gesetzgebers vertagt.

Nach 1949 waren sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes einig, dass der Art. 138 WRV auch im Nachkriegsdeutschland Geltung beanspruchen sollte. Deswegen wurde über den Art. 140 des Grundgesetzes (GG) die Artikel 138 ff WRV inkorporiert. Die Artikel der WRV sind weiterhin vollwertiges Verfassungsrecht. Die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsätze der Ablösung ist mit Inkrafttreten des Grundgesetzes auf den Bund übergegangen. Aber genauso wie die Reichstagsparteien und Abgeordneten sich in den vierzehn Jahren des Bestehens der Weimarer Republik nicht über Grundsätze der Ablösung einigen konnten, so einigte sich der Deutsche Bundestag bisher nicht.

Da der Bund bisher die Grundsatzgesetzgebung in dieser Angelegenheit nicht ausgeübt hat, entfaltet dies eine Sperrwirkung für die Landesgesetzgebung.

Zur Berechnung des Ablösungsbetrages wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass die jeweilige Jahresleistung (Staatsleistung) mit dem Faktor 25 zu kapitalisieren wäre. Jedoch sind auch andere, geringere von 10, 15, 18, aber auch höhere von 40 oder sogar 80 im Gespräch.

Der Staat kann sich jedenfalls nicht auf den Wegfall der Geschäftsgrundlage für die Entschädigungszahlungen mit Verweis auf den Wandel der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaft berufen.

Höhe der Staatsleistungen

Die konkrete Höhe der derzeit gezahlten Staatsleistungen basiert auf religionsverfassungsrechtlichen Verträgen, den sogenannten Staats-Kirchen-Verträgen die zwi-

schen den einzelnen Bundesländern und den jeweiligen evangelischen Landeskirchen und der Katholischen Kirche geschlossen worden sind. Im Freistaat Thüringen ist für die Berechnung der Staatsleistungen Artikel 13 des Vertrages des Freistaates Thüringen mit den Evangelischen Kirchen in Thüringen vom 15. März 1994 maßgebend. Dieser enthält insbesondere die Festlegung pauschalierter jährlicher Beträge mit einer Dynamisierungsklausel, die die Progression der Zahlung an die Entwicklung der Landesbeamtenbesoldung koppelt. Es handelt sich dabei juristisch nicht um eine Neubegründung oder Ablösung von Staatsleistungen, sondern um eine bereinigte Zusammenfassung bestehender und vor 1919 begründeter staatlicher Verpflichtungen. Die vertragliche Vereinbarung dient nicht der Änderung des Legitimationsgrundes sondern lediglich der Pauschalierung und somit der Rechtsklarheit. Der Freistaat Thüringen hat an die Gliedkirchen der EKD auf ihrem Gebiet im Jahr 2011 ca. 16,5 Mio. EUR gezahlt, das Land Sachsen-Anhalt ca. 24,3 Mio. Euro.

Finanzierung kirchlicher Arbeit

Irrtümlich wird immer in der Debatte um die Ablösung der Staatsleistungen behauptet, dass diese die wesentlichen Einnahmequellen der Kirchen seien. Die kirchliche Arbeit finanziert sich gemäß einer Erhebung der Evangelischen Kirche in Deutschland, nachzulesen unter www.ekd.de/kirchenfinanzen/finanzen/kirchliche_arbeit/staatsleistungen.html, aus drei Gruppen von Einnahmen. Mit 50 % bilden die Einnahmen, die aus den Gaben der eigenen Kirchenmitglieder bestehen, die Haupteinnahmequelle. Dabei entfallen auf die Kirchensteuer 45 % und auf die Kollekten, Gemeindebeiträgen und Spenden

ca. 5 %. Leistungsentgelte für kirchliche Dienstleistungen, Mieten, Pachten und Kapitalerträge machen 25 % der Einnahmen der evangelischen Landeskirchen aus. Die verbleibenden 25 % Einnahmen kommen aus Mitteln Dritter. Dabei rangieren die Staatsleistungen auf dem vorletzten Platz mit 2 %. Nur 2 % der Einnahmen der evangelischen Landeskirchen sind Staatsleistungen. Bei einem EKD-weit so geringen Betrag kann man wohl kaum von einer Haupteinnahmequelle sprechen.

Fazit

Zusammenfasst kann festgestellt werden, dass Staatsleistungen Zeichen der Trennung von Staat und Kirche sind, indem sie nur gegen angemessenen Wertausgleich ablösbar sind. Als selbstständige gesellschaftliche Akteure können die betroffenen Religionsgemeinschaften nicht ersatzlos enteignet werden. Die Staatsleistungen wurden einvernehmlich zwischen Kirchen und Ländern in den Staatskirchenverträgen beziffert bzw. pauschaliert. Dies geschah vor dem Hintergrund der staatlichen Zugriffe auf das kirchliche Vermögen vor der Trennung von Staat und Kirche und ist als laufende Zahlungen angelegt. Der Betrag umfasst nicht, wie etwa bei einer Darlehensrückzahlung neben den Zinszahlungen, auch die Tilgung. Für letzteres wären zusätzliche Zahlungen notwendig. Die Staatsleistungen erledigen sich nicht durch längere Zahlungsdauer. Der abzulösende Betrag bleibt unverändert bestehen.

Die Vereinbarungen zu den Staatsleistungen begründen keine vorher nicht bestehenden Verpflichtungen, sondern ersetzen pauschalierend die Vielzahl der Verpflichtungen.

Die Staatsleistungen enden mit der Zahlung eines angemessenen Wertausgleiches. Dies ist der verfassungsrechtliche Rahmen, der sich in das staatsrechtliche und freiheitliche Grundsätzen entsprechende Verhältnis zwischen Staat und Kirche einpasst. Gleichzeitig gibt dieser Rahmen den weiteren Weg zur vermögensrechtlichen Auseinandersetzung vor.

Die Ablösung in Form angemessenen Wertausgleiches kann die Kirche nicht verhindern, befürwortet diesen sogar, im Interesse einer deutlichen Darstellung der beiderseitigen Unabhängigkeit. Allerdings kann sie, wie jeder gesellschaftliche Akteur, hierbei die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze erwarten.



Kirchenrat Christian Klein ist Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM. Er ist Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera.

Zur Versuchsanordnung im Politik-Labor Thüringen

Eine Rezension

von Dr. Karl-Eckhard Hahn, Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen



Karl-Eckhard Hahn

„Strategie und Taktik“, so die abgeklärte knappe Reaktion einiger Zeitgenossen, bei denen der Rezensent für die Lektüre des Buchs „Die Linke: Partei neuen Typs?“ aus der Feder Benjamin-Immanuel Hoff warb, des neuen Chefs der Thüringer Staatskanzlei. Dass an Lenin geschulte Kommunisten politisch zu fast jedem Winkelzug bereit sind, wisse man doch noch aus dem Staatsbürgerkundeunterricht oder Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus.

Es wäre bedauerlich, wenn es damit sein Bewenden hätte. Denn die Lektüre der als „Flugschrift“ bezeichneten Studie über Milieus, Strömungen und Parteireform ist überaus lohnend, und zwar für Parteigänger, Koalitionäre und Widersacher der LINKEN gleichermaßen. Die LINKE träumt den alten sozialistischen Traum weiter und

ihr erklärtes Ziel ist, das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem grundsätzlich zu überwinden. Dass es nicht einfach um die Rekonstruktion des real existent gewesenen Sozialismus geht und ihre maßgeblichen Köpfe den Weg über die Diktatur als schweren Fehler erkannt haben, sollte man der Partei zugestehen. Doch wie dann?

Hoffs Buch gibt Auskunft zu dieser Frage. In knapper Form skizziert und kommentiert der Autor die in jüngerer Zeit in der Führung der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) geführten Diskussionen über mögliche Wege zu sozialistischen Verhältnissen. Sozialwissenschaftlich abgesichert, nimmt er Milieus, Parteien und ihre Wählerschaft in den Blick, die als Resonanzboden und Bündnispartner für eine langfristig angelegte Strategie in Frage kommen. Das Ganze rundet Hoff durch Überlegungen zum Selbstverständnis und zu Entwicklungsoptionen der LINKEN und zur Einordnung ihrer Flügel und Akteure ab.

Für Mitglieder und Anhänger der LINKEN kann die Veröffentlichung einen Beitrag zur Selbstaufklärung leisten und damit möglicherweise zur Überbrückung innerparteilicher

Grabenkämpfe, den meisten Lesern gibt sie entscheidende Hinweise zum besseren Verständnis linker Politik innerhalb und außerhalb Thüringens. Aus dem an Themen und Denkanstößen reichen Buch seien lediglich drei Aspekte von allgemeinerer politischer Bedeutung herausgegriffen, die über parteiinterne Debatten hinausweisen.

Wie ein roter Faden zieht sich zunächst die Beschäftigung mit dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891-1937) in der LINKEN und der RLS durch die einzelnen Kapitel. Schlüsselbegriffe des von Gramsci vertretenen Konzepts sind „Hegemonie“ und „Transformation“. Hegemonie zielt in der Zusammenfassung Hoffs auf „die Herstellung von aktivem oder passivem Konsens auf Seiten der Beherrschten in einer moralisch-kulturellen Dimension“. Dazu will die Linke Interessen, Institutionen und Akteure im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich zu breiten Bündnissen verknüpfen. Der gesellschaftlichen Transformation geht die geistig-kulturelle Herrschaft voraus. Für Liebhaber marxistischer Ideologiedebatten: Die Gewichte verschieben sich von der Basis in den Überbau.

Ein von Gramsci verwendeter Begriff für diese breiten Allianzen ist der des Blocks. Dem Hegemonie-Konzept oder, deutlicher gesagt: diesem Hegemonie-Streben messen die Strategen der LINKEN zentrale Bedeutung zu, wenn es darum geht, die gegensätzlichen ideologischen Positionen in ihrer Partei bei der Überwindung der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse zu versöhnen. Hoff beschreibt diese Pole mit „Widerstand“ und „Transformation“. Der Autor lässt hier und da Distanz zu Teilaspekten dieser Strategie durchblicken, auch im Bemühen, einen weiteren Sozialismusanlauf vor erneuten totalitären Entartungen zu bewahren und eine Engführung innerparteilicher Diskurse zu vermeiden. Insgesamt trägt er den Ansatz jedoch mit.

In einem Punkt von praktischer politischer Bedeutung, und das ist der zweite Aspekt, liegt er mit seiner Parteiführung erkennbar über Kreuz. In einer Art Vorwort hält die Parteivorsitzende Katja Kipping ihm vor: „Du meinst, Rot-Rot-Grün muss nicht von Anfang an als ‚hegemoniales Projekt‘ angelegt sein – als ein Projekt mit dem gemeinsamen Anspruch, grundlegend andere politische Weichenstellungen vorzunehmen.“ In der Tat meint Hoff, „die drei Mitte-Links-Parteien und die sie tragenden Milieus haben derzeit kein gemeinsames Projekt“. Die Betonung liegt auf „derzeit“. Das benötigte Projekt kann und muss nach seiner Überzeugung durch rot-grün-rotes Handeln selbst entstehen und darf nicht zur Voraussetzung dieses Handelns erklärt werden. Am Ende entpuppt sich der Konflikt als eher graduell denn fundamental: Hoff ist zu größeren Vorleistungen bereit.

Der dritte Gesichtspunkt betrifft die intensive Beschäftigung des Verfassers mit den Milieus, in denen die LINKE einen fruchtbaren Boden für sich vermutet, und den parteipoliti-

schen Partnern: der SPD und den Grünen. Die LINKE wünscht sich Hoff als „partizipative Mitgliederpartei“ und grenzt sie von den weniger ideologiefixierten Volksparteien ab, die er unter den Bedingungen zeitgenössischer politischer Kommunikation als „professionalisierte Wähler- bzw. Medienkommunikationsparteien“ beschreibt. Nicht allein der LINKEN, ihr allerdings vor allem, empfiehlt er die Rückbesinnung „auf die sie tragenden Milieus und die Schließung der dazwischenliegenden kulturellen und politischen Kluft“.

Dass Milieus erodieren und nicht mehr wie zu Zeiten der alten Massenparteien weltanschaulich geprägt und lebensweltlich abgegrenzt sind, benennt Hoff, er taxiert ihre Bedeutung als politischen Resonanz- und Kommunikationsraum allerdings deutlich höher als in den Volksparteien üblich. In Auswertung diverser Milieustudien kommt er zu dem Schluss, dass die Linke vor allem bei Arbeitslosen, Menschen in prekären Beschäftigungslagen, Abstiegsbedrohten und DDR-Nostalgikern gute Chancen hat. Ergänzt um Parteigänger in einer Gruppe, die je nach Quelle als „progressive“ oder „kritische Bildungselite“ bzw. „sozialökologisches Milieu“ beschrieben wird.

Es ist jene politisch überdurchschnittlich artikulationsfähige Gruppe, in der sich etwa zu gleichen Teilen auch die Anhänger der SPD und der Grünen befinden und in der Hoff „gemeinsam geteilte Leitbilder, Werte, Normen seitens der Mitte-Links-Wähler_innen“ verortet. Ansonsten unterscheiden sich die Anhänger der drei Parteien deutlich: Das Potential der SPD liegt in allen Milieus zwischen 20 und 30 Prozent außer beim „abgehängten Prekariat“ (Friedrich-Ebert-Stiftung), und die Grünen sind im Wesentlichen auf bürgerliche Parteigänger beschränkt. Die Bedeu-

tung des Befundes und rot-rot-grüner Bündnisse für das Etappenziel einer geistig-kulturellen „Hegemonie“ liegt auf der Hand

Vor dem Hintergrund der Studie ist nicht weiter erklärungsbedürftig, wenn in Thüringen ein Ministerpräsident der LINKEN ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm mit grünen Beigaben umsetzt und die das linksparteiliche Herz wärmenden Zutaten eher sparsam eingesetzt werden. Die linke Versuchsanordnung im Politik-Labor Thüringen hat eine bemerkenswerte Stringenz, die durch die Veröffentlichung Hoff's klarer wird. Die Prognose ist nicht besonders gewagt, dass es kaum einen Bereich geben dürfte, in denen die LINKE einstweilen nicht zu weitreichenden Kompromissen bereit ist, um Vertrauen aufzubauen.

Dem Buch ist deshalb eine breite Aufnahme und Diskussion zu wünschen: SPD und Grüne könnten angesichts der skizzierten Strategie ins Grübeln über ihre Rolle kommen. Wollen sich SPD und Grüne tatsächlich dem Verdacht aussetzen, Blockparteien neuen Typs zu sein, wie man unter Rückgriff auf die Terminologie Gramscis und des Hoff'schen Buchtitels polemisch anmerken könnte? Auch der „transformatorische Reformismus“ zielt in den Worten des von Hoff zitierten Dieter Klein, eines wichtigen Vordenkers der LINKEN, „auf Umwälzung des Kerns der Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“. Wollen sie sich dafür wirklich hergeben? Wollen sie sich zu Gehilfen eines Konzepts machen, dessen Ziel es ist, entschlossen auf den zivilgesellschaftlichen Bereich einzuwirken, um dort den Rückhalt für eine Transformation zu erzeugen und Widerstände dagegen zu schleifen?

Ein kurzer Blick auf die Entstehungsbedingungen der Theorien

Gramscis ist in diesem Zusammenhang zu empfehlen. Für den italienischen Theoretiker reproduzierte die Gesellschaft die damals herrschende Ordnung. Es war diese „Hegemonie“, die durch eine neue ersetzt werden sollte. Der Eigensinn der bürgerlichen Gesellschaft erscheint in dieser Perspektive als Hindernis. Die heute vermeintlich herrschende „Hegemonie“ wird als neoliberal beschrieben. 2011 konstatierte ein Autor im Auftrag der RLS gar, „das Diffundieren neoliberaler Positionen“ in den Bereich der „Linksaffinen“.

Die CDU befindet sich angesichts der langfristig angelegten kulturevolutionären Strategie in einem Dilemma. Jedem Versuch, einen roten Teufel an die Wand zu malen, werden auf absehbare Zeit gut greifbare und vermittelbare Belege fehlen. Ebenso wenig erfolgversprechend würde es sein, mit ideologischen Gegenentwürfen zu hantieren. Die Union ist keine klassische Weltanschauungspartei, sondern verbindet liberale, christlich-soziale und konservative Überzeu-

gungen. Entscheidend wird sein, das maß- und grenzenlose Politikverständnis der LINKEN zu kennzeichnen und die Verwischung der Grenzen zwischen Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zurückzuweisen.

Unbestritten ist: Die Wirtschaft braucht eine starke und durchsetzungsfähige Ordnung, die „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber“ verbindet (Ludwig Erhard). Mehr jedoch nicht. Und die Gesellschaft muss als Raum der Freiheit vom Staat als dem Bereich der Notwendigkeit unterschieden bleiben. Eigenständigkeit und Eigensinn sind die Wesensmerkmale der Gesellschaft. Der Staat hat einen Rahmen zu setzen, in dem Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelebt werden können. Aufgabe der Parteipolitik und parteipolitischer Strategien kann und darf es nicht sein, die Herzen und Hirne der Menschen in strategischer Absicht zu manipulieren.

Insoweit bleibt es über das politische Tagesgeschäft hinaus Aufgabe der Opposition, auch auf die Strategie hinter der Taktik hinzuweisen. Hoff's Buch hilft dabei. „Jede Zickzackwendung der Geschichte ist ein Kompromiss – ein Kompromiss zwischen dem Alten, das nicht mehr stark genug ist, um das Neue ganz negieren zu können, und dem Neuen, das noch nicht stark genug ist, um das Alte ganz zu stürzen“, so W.I. Lenin nach einem Lehrbuch für das verpflichtende Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus im Kapitel über Strategie und Taktik. Auf die Zickzackwendungen der kommenden Jahre dürfen wir gespannt sein.

Benjamin-Immanuel Hoff: Die Linke: Partei neuen Typs? Milieus – Strömungen – Parteiform.

Eine Flugschrift, Hamburg: VSA-Verlag 2014, Paperback, 143 Seiten, 12,80 Euro

Pilgern

Im Interview: Friedbert Reinert

Eine der ältesten spirituellen Unternehmungen erfreut sich regen Zuspruchs: Werbung für einen in Ostthüringen gelegenen Pilgerwanderweg

Spätestens als Hape Kerkeling mit dem Bestseller des Jahres 2006 „Ich bin dann mal weg“ das Thema Pilgern (sicher unbeabsichtigt) auf die Tagesordnung des Mainstreams setzte, dann Berichte und Schilderungen Fülltonseiten und Talkshows besetzten, Pilgern also um sich „griff“, wurde man in Pflicht

genommen, sich endlich doch mit diesem scheinbar neuen Thema gedanklich zu befassen.

Zwischenzeitlich hat sich dieses Phänomen in unserer säkularisierten Gesellschaft etabliert. In Zeiten des allgemeinen Wohlstandes hat es seinen festen Platz im Wettbewerb mit Wellness und preiswerten Massentourismusangeboten errungen. Auch wenn nun die Dreharbeiten zum diesem Bestseller starten, hat die realistische Einsicht Raum ergriffen, wir können uns nicht Alle auf den Weg nach Santiago de Compostela machen. Sabbatmonate nehmen zu können ist ja eher

noch eine Ausnahme, wie die zu erwartenden Menschenmassen, die die dortige Natur und Infrastruktur völlig überfordern. Da fällt einem doch der alt bekannte Goethe-Spruch ein: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt (meist) so nah“.

Es ist also tatsächlich „in“ geworden, sich wieder auf den Weg des Pilgerns, des erschwerten Wanderns und des Erlebens zu begeben. Etappen bis zu 25 km für den Geübten werden empfohlen. Für den eher Ungeübten, wie es der Autor ist, gilt auch hier ein Sprichwort: Weniger ist mehr!

Was ist nun das Spannende oder das doch eigentlich bekannte Alte am Pilgern? Teilnehmende berichten, man lernt wieder die Natur auf sich wirken zu lassen, zu hören, von der täglichen Hast abzuschalten, dabei zu erkennen und wieder zu lernen: Was ist mir, dem Pilgern, eigentlich wichtig in meinem bzw. unserem Leben! Neuzeitlich formuliert: Pilgern hilft in unserer hektischen Zeit wirkungsvoll beim Entschleunigen, um zur Ruhe und um zur Besinnung zu kommen.

Pilgern hatte über die Jahrhunderte sicher unterschiedliche Ausrichtungen, aber protestantisch betrachtet, war und ist uns wichtig: Pilgern bedeutet Freiheit, religiöse Freiheit im besten Lutherischen Sinne. Das letzte Wort aufgreifend, die Sinne können beim Pilgern auf neuen Pfaden wandeln, ggf. auch in der Zwiesprache mit Gott. Folglich werden wir uns auf Wesentliches besinnen, uns ggf. auch über ein Funkloch freuen und dankbar feststellen, wie wenig es bedarf, um tatsächlich zufrieden und glücklich zu sein. Und nicht zuletzt können wir uns an Gottes reicher Schöpfung erfreuen.



Tälerpilgerweg im Saale-Holzland-Kreis

Als Befangener, der in jungen Jahren wiederholt sehr schöne Sommermonate bei den Großeltern in der herrlichen Natur der Tälerdorferlandschaft unweit des Hermsdorfer Kreuzes erleben durfte, freute es mich sehr, als im Herbst 2013 der Tälerpilgerweg mit einem Festgottesdienst in der Kirche der Gemeinde Lippersdorf seiner Bestimmung übergeben wurde. Jeder, der

sich im Ehrenamt engagiert, weiß, dass es bis zu so einem Höhepunkt sicher ein sprichwörtlich weiter und steiniger Weg war. Da ich gern für diesen Weg werben möchte (ja, ich bekenne mich dazu!), bin ich dankbar, dass ich einen der entscheidenden Initiatoren und Wegbereiter für diesen Wanderweg, den Tröbnitzer Kirchenältesten, Friedbert Reinert, zu einem Interview gewinnen konnte:

Sehr geehrter Herr Reinert, was war das auslösende Moment, sich für die Errichtung dieses Pilgerweges einzusetzen, und welche Bewährungsproben galt es zu überwinden, aber auch, welche Türen öffneten sich?

Anliegen aller daran Beteiligten war es im Jahr 2011, die herrliche Landschaft, die renovierten Dorfkirchen und die historischen Gegebenheiten mittels eines Pilgerweges zu verbinden. Vertreter von Wandergruppen, eines Heimat- und eines Kunstvereines sowie der Kirchengemeinden der Region entwickelten ein Konzept und einen Finanzierungsplan. Dann begann die Projektgruppe „Tälerpilgerweg“ ab Sommer 2012 unter dem Dach der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Tröbnitz mit der Umsetzung des Projektes. Auch Bürgermeister, Besitzer von Gaststätten und Pensionen, der Tourismusverband Saaleland, der CVJM Stadtroda und Landesverband Thüringen, der Brehm Förderkreis und der Evangelische Kirchenkreis Eisenberg gehören zu den Unterstützern. Zahlreiche Arbeiten gingen der Einweihung voraus. So mussten beispielsweise Bänke und Informationstafeln aufgestellt werden, der Weg war zu markieren und an den Kirchen wurden Schilder mit Informationen zur Geschichte angebracht. Allein die notwendigen Genehmigungen für das Aufstellen der Informationstafeln füllten Aktenordner, aber wir hatten viele

Unterstützende, die im wahrsten Sinne Türen öffneten.

Was verbanden bzw. verbinden Sie und die anderen Mitwirkenden an diesem Angebot an Christen wie auch Nichtchristen?

Gemeinsam wollten wir einladen, kleine Dörfer, viel Wald in hügeliger Landschaft und interessante Kirchen aktiv zu erwandern und zugleich damit einladen, der Hektik des Alltages zu entfliehen. Seit Jahrhunderten haben Menschen erfahren, dass Pilgern heilsam für die Seele ist. Wir wünschen den Pilgern, dass sie ihre Gedanken hinter sich lassen und Neues für ihr Leben entdecken können. Worte auf den Wegtafeln, die Natur und die Kirchen bieten dafür Inspirationen.

Beschreiben Sie uns bitte den Pilgerweg mit einigen Informationen, um Mut zu machen, sich im wahrsten Sinne des Wortes auf diesen Weg zu begeben.

Der Pilgerweg hat eine Länge von etwa 50 Kilometern und führt durch Tröbnitz, Untergneus, Trockenborn-Wolfersdorf, Stanau, Ströswitz, Burkersdorf, Renthendorf und über Lippersdorf nach Tröbnitz zurück. Zu überwindende



Kirche in Tröbnitz

Höhenunterschiede durch Wald und Flur werden zudem mit herrlichen Ausblicken belohnt. Gemeinsam mit Freunden haben wir die Wegstrecke in sieben Teilstrecken von Kirche zu Kirche eingeteilt. Im günstigsten Falle beginnt man an

einem Freitagmittag mit der Pilgertour in Tröbnitz und endet am Sonntagnachmittag wieder am Ausgangsort. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es in Trockenborn, in Renthendorf oder in anderen Orten sowohl als Schlafsackunterkunft, als auch in Pensionen. Viele weitere Informationen können Interessierte auf der Internetseite www.talerpilgerweg.de einsehen. Also: Seien Sie Alle herzlich eingeladen!

Sicher haben Sie noch einen Favoriten, die eine oder andere Bitte.

Genießen Sie die genialen Aussichten auf dem Weg, lassen Sie die inhaltlichen Impulse am Wegesrand auf sich wirken und halten Sie inne in den Pilgerkirchen, die an den Wochenenden geöffnet sind. Wenn ich zwei Bitten habe, dann sorgen Sie mit dafür, dass die Wege, Bänke und Schilder möglichst unbeschädigt bleiben und vielen Menschen auch künftig Freude bereiten. Über Beschädigung informieren Sie uns bitte via Mail an reinert@cvjm-thueringen.de Und natürlich suchen wir immer wieder auch Sponser und Sponsoren, die finanzielle

Mittel zur Erhaltung und Erweiterung des Pilgerweges beisteuern.

Ich danke Ihnen für das Interview, wünsche zum anvisierten Saisonstart und den in folgenden Wochen und Monaten zahlreiche interessierte Pilger, die den Talerpilgerweg sprichwörtlich entdecken.

Das Interview führte Dr. Gunnar Wolf.

Die Rückkehr des Abendlandes

von Dr. Karl-Eckhard Hahn, Mitglied des Landesvorstands des EAK Thüringen

Gut vierzig Jahre schien der Begriff in der politischen Versenkung verschwunden, seit letztem Herbst ist er wieder in aller Munde. Tausende gehen auf die Straße, um es zu verteidigen: das Abendland. Was mit sogenannten Spaziergängen „Patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) in Dresden begann, hat sich unterdessen in höchst unterschiedlicher Gestalt ausgeprägt. Zum Bild gehört, dass Rechtsextremisten versuchen, derartige Demonstrationen als Brücken in die Mitte der Gesellschaft zu nutzen, zum Teil organisieren sie sie selbst.



Politik und Medien reagieren irritiert und verunsichert auf das Phänomen. Es wird mehr von Frust und Furcht als konstruktiven politischen Gestaltungsideen getragen. In der seit Monaten besorgniserregenden Nachrichtenlage zu islamistisch begründetem Terror außerhalb und

innerhalb Europas findet es reichlich Nahrung. Auch das Ranking von Michel Houellebecq's „Unterwerfung“ auf den deutschen Bestsellerlisten spricht eine deutliche Sprache. Die tiefsitzenden Ängste sind offenbar nicht allein eine Erscheinung, die sich mit einem Verweis auf die üblichen Verdächtigen erledigen lässt.

Doch was bedeutet die Renaissance des Abendlands-Begriffs in diesem Zusammenhang? Man könnte es sich leicht machen, und darin eine intellektuelle Fehlleistung oder Anmaßung entfesselter Wutbürger sehen. Seit Novalis' Fragment „Die Christenheit oder Europa“ und der Romantik steht das Abendland in gewisser Weise für eine ideologische Überhöhung Europas. Damals mutierte das Abendland von einem geographischen zu einem kulturphilosophischen und politischen Terminus mit vorrangig christlicher Verknüpfung.

Die Inhalte waren in der Folgezeit zwar variabel. Die Rettung des Abendlandes nahmen auch die Nationalsozialisten für sich in Anspruch. Ganz überwiegend blieb

der Begriff jedoch im christlich-konservativen, vorrangig katholischen Bereich gebräuchlich und erlebte dort nach dem Zweiten Weltkrieg eine beachtliche Konjunktur, bis er Anfang der 60er Jahre verblasste. Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) benannte in seiner ersten Regierungserklärung am 20.9.1949 „den Geist christlich-abendländischer Kultur“ als Grundlage der Regierungsarbeit.



Abendland zur Zeit der Ottonen

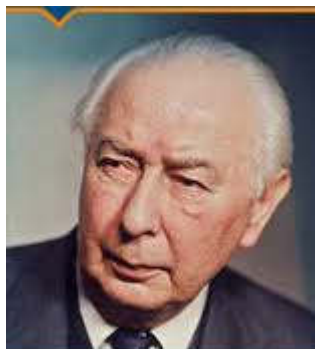
Das war schon damals manchen zu viel. Auch der Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Hermann Ehlers (1904-1950), hatte mit dem „christlichen Abendland“ so seine Schwierigkeiten: „Wer wollte leugnen, dass das Christentum Europa in mehr als 1000 Jahren bestimmt hat? Wer wollte aber auch leugnen, dass aus mancherlei Gründen dieses Europa heute weit-

hin von ganz anderen Ideen getragen wird als denen, die vor Zeiten sein geistliches und kulturelles Gesicht geprägt haben!“ (1953).

Ein halbes Jahrhundert später ist ganz gewiss alles noch einmal anders: Die Abendlands-Retter dürfen ganz überwiegend keinen blassen Schimmer vom christlichen Gehalt dieses Begriffs haben. Doch man kann den Rückgriff auf diesen alten Terminus auch anders betrachten: als Defizitanzeige. Gegenüber einem Europa, das seine geistigen Wurzeln nicht pflegt, das keine Geschichte von sich erzählt, das kein Selbstbewusstsein ausstrahlt und als bürokratische Veranstaltung wahrgenommen wird. Dann lohnte es sich, über das Abendland zu sprechen, seinen universalen Gehalt zu verdeutlichen.

Der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, hat es 1950 einmal so gesagt: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Capitol in

Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.“



Theodor Heuss

Christlicher Glaube, griechische Philosophie und römisches Recht sind die Triebfeder, aus denen sich dieses Europa entwickelt hat: über die Unterscheidung von weltlicher und geistlicher Gewalt, über die Renaissance und Reformation, über die Aufklärung, hin zu demokratischen, religiös-weltanschaulich neutralen Verfassungsstaaten, die auf Menschenwürde und Menschenrechte gründen.

Es gibt allen Grund, diese Ordnung und das dahinter stehende Wertesystem zu verteidigen. Eingeschlossen die Erwartung, dass diese Grundlagen akzeptiert, wer in Europa leben will. Es gibt noch mehr Grund, Ordnung und Werte offensiv und aus innerer Überzeugung selbstbewusst zum Thema zu machen. Europa kann das gut gebrauchen. Dazu gehört jedoch nicht zuletzt, diese Werte dem eigenen Handeln zugrunde zu legen, sich selbst daran messen zu lassen. Und das heißt vor allem, jedem und jeder die gleiche Menschenwürde zuzubilligen, auch die Freiheit der Religion.

Und wer all dies anno 2015 unbedingt unter dem Begriff Abendland subsummieren will, den dürfen wir ruhig auffordern, auch sein Verhältnis zum ersten der drei Hügel zu klären – zu Golgatha. Möglicherweise lässt er oder sie dann ab – oder ... Man weiß ja nie. Der Geist weht, wo er will.

Impressum und Kontakt

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Christian Tschesch

Landespolizeipfarrer i. R. und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Prof. Dr. phil. habil. Jürgen Plöhn

ECB-Hochschule Hamburg und Bezirksvorsitzender des EAK Niederrhein

Kirchenrat Christian Klein

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Dr. Gunnar Wolf

Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Prof. Dr. Jens Goebel